

**Kommentar zu den vier Papieren und Vorträgen von Dr. Jeannette Behringer (J.B.), Prof. Dr. Adalbert Evers (A.E.), PD Dr. Ansgar Klein (A.K.) und Prof. Dr. Roland Roth (R.R.) im Rahmen der Veranstaltung der AG 10 Zivilgesellschaftsforschung am 14.11. 2014 im Deutschen Bundestag „Partizipation durch Mitsprache – Engagement als freiwillige Mitarbeit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede“**

1. Expliziter und impliziter Bezugspunkt aller vier Beiträge ist der Begriff bürgerschaftliches Engagement/Bürgergesellschaft, wie er von der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ in ihrem Bericht „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ (2002) definiert wurde.

Hervorzuheben ist, dass mit dem Begriff nicht nur ein Zustand, sondern vor allem eine Erwartung verbunden ist (Roland Roth spricht sogar von bürgerschaftlichem Engagement als politischen Kampfbegriff). Bürgergesellschaft sollte als Regulative Idee die zukünftige Politik der Bundesregierung leiten. Genauer: Es war von einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ die Rede, der das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neu ausbalancieren sollte. Wichtigster Schritt auf dem Weg dorthin sollte die Entfaltung eines neuen Selbstverständnisses freiwillig übernommener „social responsibility“, sozialer Verantwortung, sein.

Heute, nach fast 13 Jahren muss festgestellt werden, dass diese Erwartungen sich nicht oder doch nur sehr begrenzt erfüllt haben. Von einer nennenswerten Koproduktion sozialer Leistungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge kann kaum gesprochen werden. Bürgergesellschaft ist kein Thema der Politik mehr, den Gewerkschaften waren Begriff wie Inhalt ohnehin nicht geheuer, und Wirtschaftsverbände und Unternehmen haben sich nach der Finanzkrise 2008 in einer Mischung aus „business as usual“ und dem durchaus ernst zu nehmenden Verweis auf viele gute Einzelbeispiele von CSR/CC eingerichtet.

Die organisierte Zivilgesellschaft sieht sich stattdessen unterschiedlichsten Formen und „Angeboten“ der Instrumentalisierung ausgesetzt – das gilt nicht nur für Deutschland, sondern betrifft den Großteil der EU Mitgliedstaaten –, ihre genuine Rolle wird in der Erbringung von Serviceleistungen gesehen unter Zurückstellung ihrer demokratie-politischen Ambitionen und Unabhängigkeit. In der angelsächsischen Diskussion spricht man von „manufacturing civil society“ (Taco Brandsen).

2. Unmittelbarer Ausgangspunkt der Veranstaltung ist die sichtbar gewordene Parallelität zweier Diskussionsstränge (freiwilliges Engagement vs. Politische Partizipation/Bürgerbeteiligung), die sich auch organisatorisch beginnen zu verfestigen. (Beispielhaft: BBE vs. Netzwerk Bürgerbeteiligung, oder auf kommunaler Ebene Partizipationsbeauftragte vs. Ehrenamts-/Engagement Beauftragte).

Alle Vorträge sehen dieses Auseinandertreten als problematisch, als Gefahr an, weil:

- es weder normativ noch analytisch den Kern der Begriffe trifft (vgl. J.B., A.K.)
- es die demokratische Substanz unserer Gesellschaft nachhaltig beschädigen kann (vgl. R.R. mit Nina Eliasoph)
- es die empirische Realität immer weniger abbildet, da gerade an den Schnittflächen von freiwilligem Engagement und politischer Partizipation sich das gesellschaftliche Innovationspotenzial mit demokratischem Überschuss zeigt, das allerdings von der Politik im besten Fall unterschätzt im schlechtesten unterdrückt wird (vgl. A.E., R.R.).

Dass sich alle Beiträge einig wissen in der Ablehnung des Auseinandertretens beider Diskussionsstränge und ihrer möglichen organisatorischen und handlungslogischen Verfestigung, halte ich für den wichtigsten Befund. Warum? Weil etwa ein Blick ins Vereinigte Königreich auf ein abschreckendes Beispiel zeigt, was traditionelle Politik sich ausdenken kann, wenn zivilgesellschaftliche Akteure ihr politisch in die Quere zu kommen drohen.

Ende Januar des letzten Jahres verabschiedete das britische Parlament die „Transparency of Lobbying, Non-Party Campaigning and Trade Union Administration Bill“, kurz auch „Gagging Law“ genannt. Es sieht die drastische Reduzierung des Einsatzes von Geldmitteln vor, die Zivilgesellschaftsorganisationen und auch Gewerkschaften im Jahr vor nationalen Wahlen einsetzen dürfen, um auch zu gesellschaftlichen Themen politisch Stellung zu beziehen.<sup>1</sup>

Damit soll eine außerparlamentarische zivilgesellschaftliche Opposition im Vorfeld von Wahlen mundtot gemacht werden. Darin sind sich Befürworter wie Gegner des Gesetzes einig. Eine Charity etwa, die sich um Flüchtlinge und Immigranten kümmert, darf nicht mehr die offizielle Flüchtlings- und Einwanderungspolitik Englands kritisieren, da dies politisches Handeln und politischer Aktivismus sind und nicht zu den eigentlichen Aufgaben der Organisation gehören. Was dieser Maulkorb an vorlaufender Selbstzensur und Angst erzeugt, zum Beispiel benötigte öffentliche Mittel zu verlieren, lässt sich leicht vorstellen. In England will man die Lager klassischer Politikgestaltung und Zivilgesellschaft als Serviceleister wenn irgend möglich auseinander halten.

Eine solchen Entwicklung könnte uns auch in Deutschland drohen, und wir sollten daher von Anfang an die klare Position beziehen, Zivilgesellschaftsorganisationen, die primär an freiwilligem Engagement ausgerichtet sind und solche, die sich in ihrem Selbstverständnis eher als politisch partizipativ verstehen, als zwei Seiten einer demokratie-politischen Medaille zu sehen, die

---

<sup>1</sup> Vgl.: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/oct/18/if-charities-gagged-who-will-stop-lobbying-bill>;  
<https://www.popularresistance.org/uk-government-passes-gagging-law-to-stop-critics-organizers/>

zusammengehören. Mit den Verhandlungen vor dem Finanzamt über die mögliche Aberkennung des Gemeinnützigkeitsstatus von Attac, stehen wir auch in Deutschland vor der Schaffung eines Präzedenzfalls.

3. Was kann, was sollte aus meiner Sicht getan werden?

- Forschung:
  - a) normativ und begriffsanalytisch (vgl. J.B., A.K.)
  - b) empirisch, fallspezifisch, um den innovativen, zukunftsbezogenen Kern der Beispiele aufzuweisen und aus dieser Symbiose ein erweitertes partizipatives Politikverständnis abzuleiten (vgl. A. E., R.R.)
- Auseinandersetzung innerhalb der Zivilgesellschaft selbst vorantreiben: Zunächst mit dem unmittelbaren Ziel, ein Auseinanderdividieren der Zivilgesellschaft zu verhindern. Vor allem aber um die Diskussion für eine Engagementpolitik mit der Politik wieder zu entfachen. Mögliche Mittel:
  - Wiederbelebung des vom BBE eingesetzten und begleiteten „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“
  - Nutzung der Diskussion über Rahmenabkommen/Compacts zwischen Regierungen und nationaler Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten der EU (ein deutscher Compact würde die Verhandlungsposition der Zivilgesellschaft deutlich verbessern)
  - Beteiligung an der Diskussion zur Umsetzung von Art. 11, Lissabon Vertrag zur ständigen Konsultation und Mitsprache der organisierten Zivilgesellschaft bei Entscheidungen der EU (hieraus könnte für die deutsche Diskussion viel gelernt werden, wir nehmen an diesen Auseinandersetzungen bisher kaum teil).

**Autor:**

*Dr. Frank W. Heuberger, Studium der Germanistik, Politischen Wissenschaft, Philosophie und Soziologie in Berlin, Frankfurt am Main und Trenton, USA. Promotion im Fach Soziologie. Von 1990 bis 1995 Assistant Professor of Sociology an der Boston University, USA und Research Associate am Institute for the Study of Economic Culture (ISEC). Bis Ende 2010 Leitung der „Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Von 2002 bis 2008 Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen im Sprecherrat des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).*

*Frank Heuberger ist derzeit Beauftragter für Europäische Angelegenheiten des BBE.*

**Kontakt:** [frank.heuberger@gmail.com](mailto:frank.heuberger@gmail.com)

**Redaktion:**

*BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland*

*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

*newsletter(at)b-b-e.de*

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)